

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

184. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 30. Juni 2005

Zusatztagesordnungspunkt 4:

- a) Antrag der Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN: **Arbeit schaffen – Sozialen Zusammenhalt und wirtschaftliche Dynamik im europäischen Binnenmarkt für Dienstleistungen verbessern** (Drucksache 15/5832)

17361 C

- b) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung: **Vermerk des Generalsekretariats des Rates für die Gruppe „Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum“**

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt

Ratsdok. 5161/05 (Drucksachen 15/5172 Nr. 1.10, 15/5865)

17361 C

Petra Pau (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt den Entwurf einer Dienstleistungsrichtlinie der EU. Sie soll ermöglichen, dass Unternehmen, Firmen, Mittelständler ihre Dienstleistungen EU-weit anbieten und realisieren können. Das ist gut für Europa, das ist gut für den Wettbewerb und das ist gut für die Bürger. Das verspricht jedenfalls der Titel, das behaupten die Befürworter dieser Richtlinie und das suggerieren leider auch fast alle Medien.

Die PDS hat immer dagegen gesprochen; denn die EU-Dienstleistungsrichtlinie ist eine gezielte Katastrophe. Sie führt zu Sozial-, Lohn- und Umweltdumping. Das muss verhindert werden und dagegen kämpfen zahlreiche Initiativen seit langem.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Nun gibt es einen gemeinsamen Antrag der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen. Punkt 1 dieses Antrages mündet in dem Satz:

Die EU-Kommission wird aufgefordert, die EU-Dienstleistungsrichtlinie zurückzuziehen, grundlegend zu überarbeiten und einen geänderten Entwurf vorzulegen.

Das unterstützt die PDS im Bundestag ganz ausdrücklich. Aber ich habe ein paar nahe liegende Fragen: Warum kommt der Antrag der SPD und der Grünen jetzt – erst jetzt?

(Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk [SPD]: Nach den Anhörungen! Ganz einfach!)

Warum konnte es auf EU-Ebene überhaupt zu einer solchen Richtlinie kommen?

Und ich habe noch eine dritte Frage. Die EU-Dienstleistungsrichtlinie befördert Niedrig-, ja sie befördert Dumpinglöhne. Das lehnt die PDS aus sozialen und aus wirtschaftlichen Gründen ab.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Deshalb hätten wir heute sogar dem rot-grünen **Entsendegesetz** zugestimmt. Auch das sollte der zunehmenden Ausbeutung einen Riegel vorschieben – keinen ausreichenden, aber immerhin. Aber Rot-Grün hat das Entsendegesetz von der Tagesordnung genommen, sehr zur Freude der CDU/CSU.

Genau das, liebe Kolleginnen und Kollegen, entwertet Ihren Appell an die EU. Denn dort, wo Sie konkret entscheiden könnten, versagt Rot-Grün. Stattdessen erfinden Sie, auch mit dieser Entschließung, ein Versprechen nach dem anderen für die Zeit nach der Wahl. Nach der Wahl wird wohl die CDU/CSU Tabula rasa machen. Noch aber hätte Rot-Grün Mehrheiten, um dagegen Pfeiler zu setzen. Genau das tun Sie jedoch nicht. Sie versprechen, kneifen aber, wenn es ernst wird.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Dasselbe Spiel erleben wir übrigens derzeit im Streit um **Hartz IV**. Es ist ein grundsätzlich falsches und ungerechtes Gesetz. Wir werden es ändern, sagt die SPD, allerdings erst nach der Wahl. Aber nach Lage der Dinge werden Sie nach der Wahl überhaupt nichts mehr ändern können. Also ändern Sie doch jetzt! Noch haben Sie Mehrheiten; noch haben Sie drei Stimmen im Plus. Wenn es um gute Lösungen für die Betroffenen geht, dann haben Sie sogar noch zwei PDS-Stimmen dazu.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])